

Bitte prüfen Sie regelmäßig, ob ein Muster mit aktuellerem Stand zum Download bereitsteht.

Muster 1- AGFS

Stand:
08/2025

Bezirksregierung Münster
Dezernat 25
Domplatz 1-3
48143 Münster

Ort, Datum

Kontaktdaten der Sachbearbeitung

Auskunft erteilt

E-Mail

Telefon

Wichtiger Hinweis zur Übermittlung:

Speichern Sie das Dokument **unbedingt als PDF** ab!

Beachten Sie, dass dieses Muster nicht im Original zurückgesendet wird, denn die Formularfelder sollen nach Übersendung nicht mehr veränderbar sein. Betätigen Sie dazu den Button **Eingabe schützen**, drucken Sie es mit einem **PDF-Drucker** (z.B. „Microsoft Print to PDF“) oder **scannen sie es ein**, sofern Sie es noch auf Papier ausdrucken sollten. Senden Sie den Antrag daraufhin **ausschließlich per E-Mail**, entweder direkt über den Button **Senden per Mail** oder hängen Sie das Dokument als PDF an eine E-Mail an das Funktionspostfach dez25foerd@bezreg-muenster.nrw.de.

Erstantrag (einschließlich Aktualisierung bis zur Erstbewilligung)

Änderungsantrag auf Gewährung einer Zuwendung / eines Zuschusses

Ordnungsmerkmal (OM):
sofern bekannt/schon vergeben

1. Antragsteller*in

Name/Bezeichnung

Anschrift

E-Mail-Adresse
Funktionspostfach

2. Maßnahme

Bezeichnung

Durchführungszeitraum

Geplanter Maßnahmebeginn
Erste Auftragsvergabe)

Geplante Durchführungszeit

(Datum)

(von Datum/bis Datum)

3. Statistische Daten

Entfällt in Muster 1 - AGFS

4. Finanzierungsplan

Alle Beträge sind auf 100 Euro zu runden		Summe
4.1	Gesamtkosten (inkl. nicht zuwendungsfähiger Kosten)	EUR
4.2	davon grundsätzlich zuwendungsfähige Kosten	EUR
4.3	abzüglich Leistungen Dritter (ohne öffentlicher Förderung)	EUR
4.4	Zuwendungsfähige Gesamtkosten	EUR
4.5	Beantragte Förderung (Nr. 5)	EUR
4.6	beantragte / bewilligte öffentl. Förderung sonstiger Fördergeber (ohne Nr. 4.5) durch Eigenanteil (gesamt)	EUR
Davon		
4.7.1	zweckgebundene Spenden	EUR
4.7.2	finanzielle Beteiligung einer Kommune	EUR
4.7.3	Eigenanteil des Antragstellers	EUR

5. Beantragte Förderung

Zuwendungsbereich

Zuweisung
Betrag in EUR

Förderrichtlinie

EUR

6. Begründung (Erläuterungsbericht)

Im Falle eines separaten Erläuterungsberichtes können Sie in den Punkten 6.1 und 6.2 auf diesen verweisen.

6.1 zur Notwendigkeit der Maßnahme (u.a.: Konzeption, Ziel, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen (z.B. Verkehrssicherheits-Aktionen), Maßnahmen desselben Aufgabenbereiches in vorhergehenden oder folgenden Jahren, alternative Möglichkeiten, Nutzen)

Gegebenenfalls ein separates Blatt verwenden

Mitglied in der AGFS seit:

Übergeordnete Ziele:

Weitere Erläuterungen:

6.2 zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung (u.a.: Eigenmittel, Förderhöhe, Landesinteresse an der Maßnahme, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten)

7 Haushalterische Erklärungen

Die Antragstellerin / Der Antragsteller erklärt, dass

- | | |
|-----|---|
| 7.1 | <p>für die Haushaltsführung ein Haushaltssicherungskonzept nicht erforderlich ist.
genehmigt/noch nicht genehmigt ist.</p> <p>Falls genehmigt/noch nicht genehmigt: Der Eigenanteil für das Vorhaben ist
im genehmigten Haushaltssicherungskonzept enthalten.
im noch nicht genehmigten Haushaltssicherungskonzept enthalten.
im genehmigten/noch nicht genehmigten Haushaltssicherungskonzept nicht enthalten.</p> |
|-----|---|

Sofern für die Haushaltsführung ein Haushaltssicherungskonzept genehmigt/noch nicht genehmigt ist oder die Haushaltsführung unter Verringerung der allgemeinen Rücklage erfolgt, ist diesem Antrag eine Stellungnahme der Kämmererei hinzuzufügen. Nutzen Sie hierfür den **kommunalaufsichtlichen Fragebogen**. Darüber hinaus ist der vollständige Antrag der Bezirksregierung über die Kommunalaufsicht des Kreises einzureichen. Von dort soll dem Antrag eine finanzaufsichtliche Stellungnahme beigelegt werden.

7.2	Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen
-----	---

Darstellung der angestrebten Auslastung bzw. des Kostendeckungsgrades, Tragbarkeit der Folgekosten für die Antragstellerin / den Antragsteller, Finanzlage der Antragstellerin / des Antragstellers usw.

8. weitere Erklärungen

Die Antragstellerin / Der Antragsteller erklärt, dass

- | | |
|-----|--|
| 8.1 | <p>mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird (als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten) und mit der Freimachung des Baufeldes nicht vor der Mitteilung der Bewilligungsbehörde über die Programmaufnahme begonnen wird.</p> <p>Ausnahme: Bescheid über die Ausnahme von Nr. 1.3 VVG zu § 44 LHO (vorzeitiger Maßnahmebeginn) ist am _____ erteilt worden.</p> |
| 8.2 | <p>sie / er zum Vorsteuerabzug nicht berechtigt ist
berechtigt ist und dies bei der Berechnung der Gesamtkosten (Nr. 4.1 und 4.2) berücksichtigt hat (Preise ohne Umsatzsteuer).</p> |
| 8.3 | <p>Bei der Vorhabenplanung die zuständigen Behindertenbeauftragten oder Behindertenbeiräte bzw. – da die Gebietskörperschaft nicht über Behindertenbeauftragte oder Behindertenbeiträge verfügt – die Verbände im Sinne des § 5 des Behindertengleichstellungsgesetzes v. 27.04.2002 (BGBl. I, S. 1467) angehört werden.</p> <p>Ausnahme: Vorlage des Vermerks über die Anhörung kann im Einzelfall entfallen – nur nach Rücksprache und Zustimmung mit der zuständigen Bezirksregierung möglich.</p> |
| 8.4 | der notwendige Grunderwerb gesichert ist und alle für das Vorhaben notwendigen Genehmigungen vorliegen. |
| 8.5 | <p>die Zuwendungen</p> <p>a) nicht zur Finanzierung terroristischer Aktivitäten eingesetzt werden und</p> <p>b) die Antragstellerin oder der Antragssteller keine terroristische Vereinigung ist oder terroristische Vereinigungen unterstützt.</p> |
| 8.6 | die Ausfüllhinweise zum Muster 1 - AGFS beachtet wurden. |
| 8.7 | die in diesem Antrag (einschl. Antragsunterlagen) gemachten Angaben vollständig und richtig sind. |

9. Anlagen

Beigefügte Anlagen bitte ankreuzen (Pflichtanlagen sind bereits angekreuzt)

☐	Testat der AGFS-Geschäftsstelle
☐	Muster 2.5 (Anlage Ausgaben)
☐	Kommunalaufsichtlicher Fragebogen
☐	Erläuterungsbericht mit genauer Beschreibung der (Bau-) Maßnahme und Ausführungsart (Beschreibung des Vorhabens) sofern nicht in den Ziffern 5.1 und 5.2 bereits abschließend erläutert.
☐	Vermerk über die Anhörung der Behindertenvertretung zur Vorhabenplanung und eine Auflistung der Maßnahmen, die zur Erreichung der Barrierefreiheit geplant sind (Mobilitätsbescheinigung)
☐	Planunterlagen (bei investiven Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit) Übersichtsplan (Stadtplan o.ä.) Ggf. aussagekräftiger Lageplan und/oder Regelquerschnitt (alt/neu)

Ort, Datum

Namenswiedergabe und Funktion

10. Ergebnis der Antragsprüfung

Auszufüllen durch die Bewilligungsbehörde

Nach Prüfung der dem Antrag beigefügten Erläuterungen, Kostenberechnungen und sonstigen Unterlagen wird festgestellt, dass die Maßnahme den Anforderungen und Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit

entspricht.

nicht entspricht.

	Gesamtkosten	Zuwendungsfähige Kosten
Für die Durchführung der Maßnahme hat die Antragstellerin / der Antragsteller folgende Kosten veranschlagt:		
Aufgrund der Prüfung ergeben sich folgende Beträge:		

☒ Siehe gesonderten Vermerk über das Ergebnis der Prüfung des Antrages.

(Ort, Datum)

(Namenswiedergabe / Unterschrift)

